

## 16. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

## Wortprotokoll

### **Ausschuss für Verwaltungsreform, Kommunikations- und Informationstechnik**

14. Sitzung  
29. November 2007

Beginn: 9.31 Uhr  
Ende: 11.52 Uhr  
Vorsitz: Henner Schmidt (FDP)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzender Henner Schmidt:** Wir kommen zu

#### Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU [0025](#)  
Weiterentwicklung des Adressraums Internet –  
Unterstützung der Einführung der Top-Level-Domain „berlin“  
Drs 16/0340

Das Thema ist bereits in der Aktuellen Viertelstunde des federführenden Ausschusses – das ist der Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien und Berlin-Brandenburg – am 17. Januar 2007 behandelt worden. Das Inhaltsprotokoll dazu ist an die Mitglieder und Assistenten dieses Ausschusses am 3. Mai verteilt worden. Die schriftliche Stellungnahme des Senats vom 16. Januar zu dieser Aktuellen Viertelstunde ist an die Mitglieder und Assistenten dieses Ausschusses am 8. Mai verteilt worden. Der Antrag wurde zweimal vertagt, in der 7. und 8. Sitzung des Ausschusses am 3. bzw. am 31. Mai. Im federführenden Ausschuss hat am 6. Juni eine Anhörung stattgefunden, zu der die Mitglieder dieses Ausschusses eingeladen waren. Das Wortprotokoll wurde an die Mitglieder und Assistenten dieses Ausschusses am 17. Juli verteilt. Das Informationsschreiben von Herrn Donnermeyer vom 8. Juni wurde am 22. Juni verteilt. Das Berichtsdatum in dem Antrag ist inzwischen überholt, nehme ich an, und müsste noch geändert werden. – Zur Begründung hat die antragstellende Fraktion der CDU das Wort. – Herr Statzkowski, bitte!

**Andreas Statzkowski** (CDU): Wir haben bereits eine sehr intensive Diskussion darüber geführt. Für mich war das Ergebnis der Anhörung sehr interessant, weil sich alle anzuhörenden Persönlichkeiten und Personen für die Einführung dieser Top-Level-Domain „berlin“ ausgesprochen haben. Insbesondere hat sich auch der Vertreter des Bereichs „de“, wo man nicht von vornherein davon ausgehen kann, dass da auch Konkurrenz willkommen ist, eindeutig dafür ausgesprochen, eine Top-Level-Domain „berlin“ einzuführen. Ich glaube, dass gerade für die Diskussion in unserem Ausschuss noch interessant sein dürfte, wie die Diskussion an anderer Stelle, in dem Fall im Deutschen Bundestag, geführt wird, denn auch dort hat man sich mit dieser Frage beschäftigt. Dort hat der Sprecher der SPD für neue Medien, Jörg Tauss, wortwörtlich geäußert:

Ich finde, „berlin“ sollte es geben.

Ich denke, das spricht für sich, und in dem Sinne sollten wir dem Antrag zustimmen.

**Vorsitzender Henner Schmidt:** Vielen Dank, Herr Statzkowski! – Herr Dr. Zotl, bitte!

**Dr. Peter-Rudolf Zotl** (Linksfraktion): Ich bin auch Mitglied des Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien und Berlin-Brandenburg. Ich habe die ganzen Veranstaltungen, die hier zitiert wurden, besucht, und ich habe auch an der Anhörung teilgenommen und dort noch einmal bei den Fragen nachgefragt, die wir politisch zu entscheiden haben. Wir haben über zwei Fragen politisch zu entscheiden, erstens: Was kann dieses „berlin“ mehr als „berlin.de“? – und zweitens, was viel wichtiger ist: Welche zwingenden Gründe gibt es für den politischen Entscheidungsprozess, aus einer eingeführten, leistungsstarken, immer wieder positiv zertifizierten Adresse „berlin.de“ auszusteigen und in dieses Risiko überzugehen? – Nun liegt das Protokoll schon längere Zeit vor, und vielleicht hat es der eine oder andere noch einmal nachgelesen, der der Auffassung war, die Anhörung sei völlig eindeutig gewesen. Zu diesen Fragen haben die Experten – auch auf Nachfrage hin – keine Auskunft geben können. Das ist der Hauptpunkt.

Es besteht nach Auffassung meiner Fraktion kein sachlicher Grund, aus einem leistungsfähigen, bewährten, immer wieder positiv zertifizierten System auszusteigen und auf eine Sache umzusteigen, wo dann „berlin“ steht. Das könnte man regeln, es hat ja auch eine Rolle gespielt bei der Existenz von 39 oder 45 Berlins in der Welt. Der Deutsche Städtetag – die Kollegin Flesch und ich sind Mitglieder im Hauptausschuss – hat alle seine Mitgliedsstädte über 500 000 Einwohnerinnen und Einwohner befragt, ob sie vorhaben umzusteigen. Zwei haben nicht geantwortet, und alle anderen haben erklärt: Nein, das haben wir nicht vor. – Das hängt mit dieser Sache zusammen: Wenn ich etwas eingeführt habe, warum soll ich diesen nächsten Schritt gehen, wenn es dafür keinen zwingenden Grund gibt? – Diese Situation hat sich nach unserer Auffassung nicht im Ansatz verändert, und deshalb sind wir gegen diesen Antrag. Wir werden ihn ablehnen.

**Vorsitzender Henner Schmidt:** Danke, Herr Dr. Zotl! – Herr Birk, bitte!

**Thomas Birk** (Grüne): Auch wenn Sie heute den Antrag ablehnen, Herr Dr. Zotl, ist es unserer Ansicht nach nur eine Frage der Zeit, wann „berlin“ eingeführt wird. Die Zeit wird wahrscheinlich über Ihren Beschluss hinweggehen, und es wird irgendwann doch die Einführung von „berlin“ geben. Berlin wäre eine der Ersten, wenn wir es jetzt beschließen und die Voraussetzungen dafür schaffen würden. Sonst wird es weiteren Druck von der Konkurrenz, von anderen Hauptstädten, geben, und dann ist Berlin – wie ich letztens schon in einem anderen Ausschuss gesagt habe – eher bei den Letzten und nicht bei den Ersten. Es würde dem Standort Berlin gut anstehen, hier bei den Ersten zu sein.

Es wurde der Vertrag von „berlin.de“ mit „berlin.online“ angesprochen. Wir haben uns den Vertrag angeguckt – wie ich gehört habe, hat das auch die FDP-Fraktion getan. Wenn man jetzt über den Vertrag reden möchte, ist die Frage, ob das hier in öffentlicher Sitzung geschehen kann. Ich denke, große Geheimnisse würde ich jetzt nicht verkünden. Aber das möchte ich vorher klären, bevor ich weiterrede.

**Vorsitzender Henner Schmidt:** Ich denke, das können wir nicht in öffentlicher Sitzung machen. Die Frage ist auch, ob der Vertrag jetzt wirklich das Thema dieser Debatte ist.

**Thomas Birk** (Grüne): Herr Dr. Zotl hat ausdrücklich „berlin.de“ angesprochen. Wenn das der Hinderungsgrund für die Koalition ist, dem zuzustimmen, sollte man schon über den Vertrag reden. Es wurde in dem anderen Ausschuss angedeutet, dass es da gewisse Hindernisse gebe. Das haben wir uns angeguckt.

**Vorsitzender Henner Schmidt:** Dann bitte ich Sie, zunächst einmal inhaltlich zu reden. Die Begründung, die Herr Dr. Zotl brachte, war nicht unbedingt, dass der Vertrag dem entgegenstehe, sondern dass das Verfahren und die derzeitige Positionierung von „berlin.de“ dem entgegenstünden. Wir sollten besser auf dieser Ebene diskutieren. Den Vertrag können wir jetzt schlecht aufrufen. – Herr Birk, bitte!

**Thomas Birk (Grüne):** Dann sage ich ganz allgemein: Der Vertrag wäre dann kein Hindernis, wenn man ihn zu dem Ablaufdatum bzw. rechtzeitig kündigen und dann neu verhandeln würde. Das ist zeitnah möglich. Dann würde man sich auch neue Optionen und Möglichkeiten schaffen, um evtl. rechtlichen Schwierigkeiten zu entgehen. Aber, wie gesagt, meiner Ansicht nach ist das alles nur eine Frage der Zeit. Sie können das heute ablehnen. Wir werden das spätestens in ein paar Jahren wieder auf der Tagesordnung haben – dann, wenn Paris, New York oder andere Groß- und Hauptstädte sich dahin entwickelt haben oder wenn „de“ sagt: Wir schaffen es überhaupt nicht mehr, neue Adressen zu generieren. – Dann werden Sie sich dem neu stellen müssen. Ich fände es schade, wenn Berlin dann hinterherlaufen würde.

**Vorsitzender Henner Schmidt:** Vielen Dank! – Herr Staatssekretär Freise, bitte!

**Staatssekretär Ulrich Freise (SenInnSport):** Herr Birk! Ich möchte mich doch noch einmal ergänzend äußern. Ich hatte gerade dem Vorsitzenden signalisiert, dass der Senat eigentlich keine Stellungnahme mehr abgeben muss, nachdem Ihnen ja die umfänglichen Stellungnahmen vorliegen. Ich möchte aber jetzt, nachdem Sie ausgeführt haben, wir sollten doch über den Vertrag reden, noch einmal zu Wort melden.

Wir haben uns nicht darauf berufen – ich habe das auch in den Ausführungen von Herrn Dr. Zotl nicht gehört –, dass man nicht unter irgendwelchen rechtlichen Bedingungen einen Vertrag, der existiert, auch beenden kann. Das ist gar nicht das Entscheidende, sondern das alles Entscheidende ist doch: Wir haben eine Marke. Sie ist im Markt eingeführt, und zwar in einer Form, dass wir weltweit dafür Anerkennung ernten. 27 Millionen Nutzer rufen diese Marke jeden Monat ab. Jeder kann damit etwas anfangen. Es mag für Sie von besonderem Interesse sein – ich kann nicht genau ergründen, warum das so ist –, von einem solchen Erfolgsmodell herunterzugehen, um sich mit der Feder schmücken zu können: Wir sind die Ersten. – Ich habe in anderen Debatten von Ihnen immer gehört: Es kommt es nicht darauf an, ob ihr die Ersten seid oder immer etwas Eigenes entwickelt. – Wir haben gerade von Ihrer Fraktion häufig gehört: Bewegen Sie sich doch möglichst in einem Konzert oder in einem Kontext mit anderen Bundesländern, mit anderen Kommunen usw.! – Genau das machen wir. Wir gucken uns das an.

Herr Dr. Zotl hat gerade die Auskunft und Rückmeldung der Städte über 500 000 Einwohner genannt. Ich kenne niemanden, der diesem Gedanken im Moment nähertritt. Die Städte haben eingeführte Marken. Hier wird der Eindruck erweckt, als wäre man geradezu hinterwäldlerisch, wenn man diesen Weg nicht beschreitet, den Sie aus Gründen, die Sie nicht wirklich offenlegen, favorisieren. Ich verstehe nicht, was Sie mit diesem neuen Ansatz eigentlich wollen. Was ist der Vorteil? – Sie haben bisher den Vorteil gar nicht dargelegt, der mit diesem Antrag verfolgt werden soll. Wir haben Ihnen in unseren Stellungnahmen eine Menge Vorteile dargestellt und auch versucht, die entsprechenden Nachteile darzulegen. Nun kann man der Auffassung sein, dass das alles nicht trägt – jedem das Seine! –, aber ich finde, wenn wir über die Sache diskutieren, sollten wir uns nicht in die Fragestellung verlaufen, ob wir rechtlich aus „berlin.de“ herauskämen. Aus jedem Vertrag kommt man rechtlich heraus, wenn man das will. Dafür braucht man doch nicht dahinein zu gucken. Es geht darum, ob es sinnvoll ist, aus so einem Vertrag auszusteigen, wenn man eine gut eingeführte Marke hat, die entwicklungsfähig ist und ständig weiterentwickelt wird. Da hat der Senat eine eindeutige Position, die sich im Einklang damit befindet, was im Moment bundesweit in den Gremien inklusive KoopA und sonst wo diskutiert wird. Insofern sehen wir keine Notwendigkeit, auf diesen Zug aufzuspringen, der im Moment ins Nirgendwo fährt, auch wenn Sie das anders sehen und Sie, Herr Statzkowski, gerade die Äußerung eines Kollegen aus der Bundestagsfraktion genannt haben. Das gibt es immer mal wieder, dass Abgeordnete auch anderer Meinung sind. Deswegen müssen wir uns dem nicht anschließen.

**Vorsitzender Henner Schmidt:** Danke, Herr Staatssekretär! – Herr Statzkowski, bitte!

**Andreas Statzkowski** (CDU): Mich wundert die Diskussion insoweit, als offensichtlich sowohl bei Herrn Zotl als auch bei Ihnen, Herr Freise, ein völliges Missverständnis über die Sachlage existiert, über die wir gerade diskutieren. Ich erkläre sie erst einmal normal und versuche es dann auf die einfache Art. Vielleicht versteht man dann besser, um was es hier im Kern geht.

Zunächst die normale Erklärung: Wir haben es hier nicht mit einer Konkurrenz zu „berlin.de“ zu tun, sondern um eine Erweiterung. Hier geht es nicht um einen Umstieg oder Ausstieg, sondern um die Erweiterung von technischen Möglichkeiten. Es hat also auch gar nichts mit „berlin.de“ zu tun, denn es geht lediglich um die Schaffung eines neuen Bereichs nach dem Punkt und nicht vor dem Punkt. Insoweit sprechen Sie gegen Innovation und Wettbewerb – nicht gegen „berlin.de“, sondern gegen „.de“. Der Hauptgeschäftsführer von „.de“ hat dazu in der Anhörung Stellung genommen und deutlich gemacht, dass er sich diesem Wettbewerb gern stellen will und es befürworten würde, wenn man „berlin.de“ einführen würde. Sie brauchen sich nicht in der Form aufzuspielen und als Verteidiger von „.de“ darzustellen, wenn der Geschäftsführer selbst dies in der Form gar nicht für nötig hält.

Um es jetzt auf die simple Art darzustellen: Wir haben es hier mit einer Apfelmarke zu tun – „berlin.de“. Das ist Boskop. Diesen Boskop wollen wir erhalten. Wir wollen weiter in diesen knackigen Apfel hineinbeißen und die Website Berlins in vollem Umfang erhalten. Aber warum soll es nicht nebenher auch eine gute Birnensorte geben? – Und die nennen wir eben nicht „.de“, sondern „berlin.de“. Warum soll es nicht auch gute Früchte geben, die man an diesem Baum züchtet, um auch im technischen Sinne diese Möglichkeiten anwendbar und nutzbar machen, und zwar in dem Sinne, wie es Herr Birk im Einzelnen ausgeführt hat?

**Vorsitzender Henner Schmidt:** Herr Dragowski, bitte!

**Mirco Dragowski** (FDP): Vorab beantrage ich für meine Fraktion ein Wortprotokoll zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Staatssekretär! Wenn Sie sagen, man könne alle Verträge kündigen – das ist richtig –, dann sind wir uns wohl einig, dass wir in dieser Diskussion dieses Argument generell ausblenden und uns auf andere Argumente konzentrieren. Das heißt, das Argument mögliche rechtliche Hindernisse in der Vertragsgestaltung mit „berlin.de“ klammern wir aus, konzentrieren uns auf die anderen Punkte und lassen es auch nicht als Kontra-Argument gelten. Noch einmal zu „berlin.de“, Herr Staatssekretär: Wir hatten das Thema im Ausschuss EuroBundMedienBerlBra, verbunden mit einer Anhörung. Der Sprecher des Senats, Herr Donnermeyer, hat auch noch einmal seine Position vorgetragen und die 20 Millionen erwähnt. Das ist sicherlich eine sehr ansprechende Zahl. Man darf nur nicht vergessen – insoweit möchte ich sie ein wenig relativieren –, dass die gesamten E-Mail-Nutzer auch dazu gehören. Jeder, der eine E-Mail-Adresse mit „@berlin.de“ nutzt und sich einloggt, klickt auch auf die Seite. Insofern ist es zwar ein Erfolg, aber ich würde die 20 Millionen nicht so hoch hängen.

Zum Thema Nutzen: Das ist immer eine schwierige Diskussion. Es wird immer gefragt: Brauchen wir so etwas? – Wer vermag das zu beurteilen? Wenn es eine Initiative gibt, die das voranbringen möchte, dann sollten wir eher über Chancen und nicht über den vermeintlichen Nutzen sprechen, denn über den kann man sich trefflich streiten. Wir als FDP-Fraktion denken, dass es unter Aspekten des Standortmarketings etwas bringt. Wir haben auch im Ausschuss EuroBundMedienBerlBra ausführlich über das Thema Standortmarketing gesprochen, auch im Rahmen der Haushaltsberatungen – Stichwort: Kampagne „Stadt des Wandels“, wo sich der Senat sehr engagieren will – noch ohne Konzept –, um eine Marke zu etablieren. Unter Standortmarketingaspekten ist es sehr wohl ein interessanter Punkt, auch unter dem Aspekt der IT-Wirtschaft in Berlin. Denn auch, wenn die IHK sich mal so und mal so positioniert, hat sie gesagt, dass sie es grundsätzlich unterstützt. Die entscheidende Frage kam von dem Branchenkoordinator IT der IHK, Herr Irrgang, der meinte, auch seine Mitgliedsunternehmen im Bereich IT-Wirtschaft unterstützten das Projekt. Insoweit können wir uns auch auf die mittelständische Wirtschaft in Berlin stützen, wenn wir sagen: Prüfen wir das doch mal! Schauen wir doch mal, ob wir das umsetzen können!

Wir sehen sehr wohl einen First-Mover-Advantage, wenn Berlin als eine der ersten Städte eine Top-Level-Domain hat. Dass andere Städte in Deutschland bei einer Umfrage des Städtetags – die ich nicht en detail

kenne, aber das Ergebnis haben Sie ja mitgeteilt – sagen: Wir machen das nicht, wir wollen das nicht. – ist für mich unter Standortmarketingaspekten ein wahrer Glücksfall. Wir sind relativ weit vorne bei dem Projekt, und wenn andere sagen: Das brauchen wir nicht. –, dann verschlafen sie eben diesen Wettbewerbsvorteil. Wir stehen mit diesen Städten auch im Wettbewerb in den Bereichen Wirtschaft und Tourismus. Insofern möchte ich die Aussage: Brauchen wir nicht! – relativieren.

Noch ein Punkt, wo ich gehofft habe, dass wir darüber hinweg sind. In der Presse wurde der stellvertretende Sprecher des Senats zitiert, der u. a. als Kontra-Argument den Punkt „porno.berlin“ nannte. Wahrscheinlich hat ihm Herr Donnermeyer nicht mitgeteilt, dass in der Anhörung von „berlin“ noch einmal klargestellt wurde, dass bei dem vorliegenden Konzept viele Wörter und Begriffe von vornherein gesperrt werden. Das heißt, ein „porno.berlin“ wird es nicht geben. Das sind jetzt alle Detailfragen, über die man sicherlich noch weiter sprechen kann. Aber ich muss es hier anbringen, weil es als Kontra-Argument in der Öffentlichkeit benutzt wurde – was ich sehr schade finde.

Konzentrieren wir uns, abgesehen von den rechtlichen Punkten, auf das Standortmarketing. Dort hilft es sehr wohl. Ich bitte die anderen Fraktionen, den Antrag zu unterstützen, damit wir als Berlin glänzen. Es hilft der IT-Wirtschaft, und es hilft uns unter Standortmarketingaspekten. Daher hoffe ich auf eine Beschlussempfehlung, die uns auch im Ausschuss EuroBundMedienBerlBra weiterhilft.

**Vorsitzender Henner Schmidt:** Vielen Dank, Herr Dragowski! – Herr Staatssekretär Freise, bitte!

**Staatssekretär Ulrich Freise (SenInnSport):** Im Grunde sind alle Argumente ausgetauscht. Ich könnte es jetzt kompliziert oder auch einfach erklären – ganz nach Belieben, wie Sie es gern hätten. Aber ich will es doch einfach machen. Man kann es einfach zusammenfassen: Wir könnten „Olympia-Stadion“ oder etwas anderes sagen. Machen wir aber nicht. Es soll eine Marke sein. Wir könnten „berlin.de“ oder „berlin“ machen. Wo soll der Vorteil liegen? – Wenn es einem darum geht – Herr Kollege, das ist unser Ansatz –, Berlin zu einer Marke zu entwickeln, dann sollte man nicht eine Marke oder eine andere Marke machen. Wir könnten uns dann, um die Konkurrenz zuzulassen, noch beliebig darin verlieren, möglichst viele Marken mit dem Namen Berlin zuzulassen. Ich sehe darin überhaupt keinen Sinn. Man sollte bei einer Marke, die im Markt eingeführt und der Bevölkerung und den Nutzern – auf die kommt es nämlich an – bekannt ist, bleiben. Wenn es eine gute Marke ist, dann sollte man diese Marke weiterentwickeln und nicht Alternativmarken einführen, denn es ist das Kennzeichen der Nutzung einer Marke, dass sie einen singulären Charakter hat. Ich finde, das sollte man entsprechend befördern.

Das zweite Argument – weil wir ja nicht rechtlich argumentieren wollen – ist die Nutzerfreundlichkeit. „Servicestadt Berlin“ ist die Überschrift über unserem gesamten Programm. Wenn Sie dieses Programm durchdeklinieren, dann sehen Sie, dass wir uns händierend darum bemühen, die Nutzerfreundlichkeit und Transparenz unserer Angebote immer weiterzuentwickeln. Wo soll der Transparenzzugewinn für den Nutzer liegen, wenn er auf der einen Seite die Marke „berlin.de“ und auf der anderen Seite die Marke „berlin“ hat und dann jeweils für sich forschen darf, wo er was findet? – Denn beides parallel zu pflegen, hat mit Service gar nichts mehr zu tun, sondern es bedeutet einen immensen Aufwand, darauf zu achten, dass unter jeder Marke dann auch die entsprechenden Angebote zu finden sind. Was das mit Bürgerfreundlichkeit und „Servicestadt Berlin“ zu tun hat, kann ich nicht erkennen.

Das sind die beiden tragenden inhaltlichen Argumente, warum man diesem Ansatz nicht nähertritt. Dass es andere Argumente geben mag, haben wir doch nie bestritten, z. B. ein wirtschaftliches Interesse desjenigen, der das entwickeln möchte. Es ist doch jedem völlig unbenommen, dass er ein solches Interesse hat und dafür eintritt und Lobbyarbeit macht und auch Menschen findet, die sich für dieses Interesse einsetzen. Das ist völlig in Ordnung. Dagegen möchte ich doch auch gar nicht argumentieren. Das ist jedermanns eigenes Geschäftsinteresse. Wenn jemand eine solche Idee hat, wirbt er für möglichst viel Unterstützung. Aber man ist nicht zwangsläufig auf der falschen Seite, wenn man diese Interessen nicht teilt, sondern unter den gerade genannten Gesichtspunkten – das sind die entscheidenden – daran festhält: Wir haben eine gut eingeführte Marke. Sie ist benutzerfreundlich. Deswegen lassen wir es so.

**Vorsitzender Henner Schmidt:** Danke, Herr Staatssekretär! – Herr Schaddach, bitte!

**Robert Schaddach** (SPD): Zuerst zu Herrn Statzkowski: Was ich nicht verstanden habe, war das mit den Äpfeln und Birnen, aber die Sache an sich haben wir ganz gut verstanden. Wir haben uns mit dem Thema insgesamt ausgiebig beschäftigt. Wir haben es geprüft und uns mit den Städten kurzgeschlossen, die auch darüber diskutiert haben, ob sie es einführen oder nicht. Letztlich ist das Hauptproblem, das wir bei der Einführung einer Top-Level-Domain sehen, dass die Bürgerfreundlichkeit auf der Strecke bleiben könnte. Es war sehr kompliziert, „berlin.de“ für den Berliner so zugänglich zu machen, dass er es auch gefunden hat. Das hat viele Jahre gedauert. „berlin.de“ ist auf einem sehr guten Weg und hat sehr viele Zugriffe. Würde man jetzt noch auf einen anderen Zug aufspringen – wie Sie es vorschlagen, Herr Birk – – Nicht jeder Zug, der in einen Bahnhof einfährt, ist der richtige Zug, auch wenn er vielleicht strahlt. Es mag so sein, dass die Zeit vielleicht eine andere Entwicklung aufzeigt. Aber wir in Berlin haben den Weg mit „berlin.de“ als dem zentralen Portal für die Vermarktung der Stadt und für eine Marke, die auch international Anerkennung findet, beschritten. Das ist ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal. Würde man mit mehreren Domains argumentieren, würde das immer komplizierter – in allen Lebensbereichen. Für den User in der Stadt, für den deutschen und den internationalen User wäre es viel zu komplex. Man sollte eine einheitliche Marke haben. Der Weg in diese Richtung ist nicht sinnvoll, und wir werden den Antrag demzufolge ablehnen.

**Vorsitzender Henner Schmidt:** Danke, Herr Schaddach! – Herr Birk, bitte!

**Thomas Birk** (Grüne): Es wird wahrscheinlich so oder so kommen. Deswegen frage ich abschließend noch einmal den Staatssekretär: Werden Sie, wenn Ihre Fraktion dem Antrag nicht zustimmt, es blockieren, wenn Betreiber sich entschließen, es trotzdem zu machen? – Es wird sich trotzdem irgendwie rechnen. Oder werden Sie im Nachgang doch die Kooperation suchen?

Zum Stichwort Bürgerfreundlichkeit: Ich gehe sehr oft auf die Seiten der Bezirke z. B. Da muss ich mich erst einmal auf „berlin.de“ durch einige Dinge durchklicken. Die Domains der Bezirke kenne ich nicht auswendig. Wenn ich aber jetzt „bezirke.berlin“ eingeben würde und sofort dahinkäme – – Oder wenn Sie an Bürgerfreundlichkeit für Menschen von außerhalb denken: Sie glauben, ganz Deutschland oder die ganze Welt wüsste, dass „berlin.de“ die Website von Berlin ist. Ich denke, viele werden auch über Google hineingehen. Es gibt unterschiedliche Wege zum Ziel. Es geht letztlich darum: Wo ist das Fenster oder die Tür, die ich öffne? – Wenn ich in den USA „Hotels Berlin“ eingeben könnte, dann wäre das auch bürgerfreundlich. Ich denke, auch die Berliner werden nur zum Teil wissen, was „berlin.de“ tatsächlich ist, und müssen sich dann mit ihren Anliegen teilweise mühselig durch eine doch sehr überfüllte Website quälen. Da ist unglaublich viel drauf, wenn Sie allein auf die Frontpage gucken. Jeder möchte sein Wichtigstes darauf bringen. Irgendwann wird dies auch an seine Kapazitätsgrenzen stoßen.

Es wird so kommen, dass es neue Fenster gibt, und das wird „berlin“ sein. Dass Städte wie München und Köln oder Hamburg sich noch nicht dazu entschließen können – – Wir sind die Dreieinhalb-Millionen-Stadt. So etwas gibt es eben sonst nicht. Wir sind die Hauptstadt. Wir sollten uns da nicht mit Köln oder München vergleichen, sondern mit Paris und New York, die über solche Dinge nachdenken – künftig sicher mehr andere Städte. Insofern können Sie das heute ablehnen, aber ich denke, wir Oppositionsparteien sind uns einig, dass es sowieso der Weg der Zukunft ist. Ob Sie es heute ablehnen oder nicht, ist fast irrelevant.

**Vorsitzender Henner Schmidt:** Danke, Herr Birk! – Herr Staatssekretär, können Sie die Frage noch beantworten? – Bitte!

**Staatssekretär Ulrich Freise** (SenInnSport): Ich habe das eher als rhetorische Frage verstanden. Wer bin ich, dass ich irgendwelche Entwicklungen blockieren könnte, die – wie Sie sagen – weltweit eine Dynamik haben, dass sich niemand dagegenstellen kann?

Im Übrigen gibt es einige inhaltliche Fragestellungen, die hier nicht mehr angesprochen worden sind. Berlin ist ja, wie wir alle wissen, etwas Besonderes. Aber wie sieht es mit Warschau oder mit Peking aus, die keinen international einheitlichen Namen haben? Was machen wir mit diesen Domains? Wenn das Ganze einen Sinn hat und diese internationale Entwicklung haben wird, die Sie anführen, unter welchem Namen müsste man dann – wenn man an die Nutzer denkt – Warschau als Domain einführen? Warschau hat international,

soviel ich weiß, eine Vielzahl von Namen, Peking auch. – [Zuruf von Thomas Birk (Grüne)] – Nein, es geht nicht um Schriftzeichen, Herr Kollege! Sie müssen sich mal mit den internationalen Namen der Metropolen auseinandersetzen, wenn Sie meinen, Sie fänden unter „Peking“ diese Stadt im Netz. Sie heißt anders. Sie heißt Beijing. Warschau hat drei Namen. Wenn es darum geht, dass Sie eine weltweite Entwicklung kommen sehen, an deren Spitze sich Berlin stellen sollte, wie würden Sie das dann mit diesen Namen machen? – Aber das nur by the way. Ich sehe mich angesichts der von Ihnen prognostizierten Entwicklung gar nicht in der Lage, solche Dinge aufzuhalten.

**Vorsitzender Henner Schmidt:** Vielen Dank! – Dann kommen wir zur Abstimmung über die Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien und Berlin-Brandenburg. Wer stimmt dem vorliegenden Antrag zu? – Die Grünen-, die CDU- und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen? – Die Linksfraktion und die SPD. Damit ist der Antrag abgelehnt, und wir werden eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss abgeben. Der Tagesordnungspunkt hat damit seine Erledigung gefunden.

### **Punkt 3 der Tagesordnung**

Mitteilung – zur Kenntnisnahme – [0041](#)  
Evaluation der Verwaltungsvorschrift für die Steuerung des IT-Einsatzes  
in der Berliner Verwaltung (VV-IT-Steuerung)  
Drsn 15/3391 und 15/3459  
– Schlussbericht – Drs 16/0709  
(Besprechung auf Antrag der Fraktion  
der Grünen, der Fraktion der SPD und der Linksfraktion)

Siehe Inhaltsprotokoll.

### **Punkt 4 der Tagesordnung**

Antrag der Fraktion der FDP [0048](#)  
Einheitliche IT-Ausstattung und IT-Kompetenz in den Bezirken voranbringen  
Drs 16/0829  
(vorab überwiesen gemäß § 32 Abs. 4 GO Abghs)

Siehe Inhaltsprotokoll.

### **Punkt 5 der Tagesordnung**

Antrag der Fraktion der Grünen [0053](#)  
IT-Programme in der Berliner Hauptverwaltung harmonisieren  
Drs 16/0862  
(vorab überwiesen gemäß § 32 Abs. 4 GO Abghs)

Siehe Inhaltsprotokoll.

### **Punkt 6 der Tagesordnung**

Antrag der Fraktion der Grünen [0054](#)  
Chief Information Officer schaffen  
Drs 16/0863  
(vorab überwiesen gemäß § 32 Abs. 4 GO Abghs)

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Punkt 7 der Tagesordnung**

Antrag der Fraktion der Grünen  
Berliner Verwaltung auf Open-Source-Software umstellen  
Drs 16/0861  
(vorab überwiesen gemäß § 32 Abs. 4 GO Abghs)

[0055](#)

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Punkt 8 der Tagesordnung**

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.